

Der Hallische Courier

(im Schwetschke'schen Verlage)

Beitung für



Stadt und Land.

In der Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg.

N 433.

Halle, Freitag den 19. September
Zweite Ausgabe.

1851.

Deutschland.

Halle, d. 19. Sept. (Fortsetzung des Artikels über den Preussisch-Hannoverschen Zollvertrag.) Was den Verbrauch der Kolonialien und edlern Genüsse betrifft, so darf als erfahrungsmäßig gewiss und mit Grund als unbestreitbar angenommen werden, daß die nordische Konsumtion der hochtarifirten Kolonialien und französischen Weine bis jetzt höher ist, auch künftig etwas höher bleiben wird, als in den südlichen Weinbauenden und den mittlern kartoffelessenden Vereinsstaaten, weil dies im Norden die Nähe der Küste, des Imports, der Hansestädte und die einmal eingewurzelte Gewohnheit so mit sich bringt. Aber die Berücksichtigung aller dieser Einflüsse und Einwirkungen auf den Stand der Konsumtion reichen nicht aus, das Fortdauern eines gegen den Süden bleibenden Konsumtionsüberschusses, wir wollen nicht sagen, zu berechnen, sondern nur annähernd zu taxiren. Denn es ist bekannt, daß die Konsumtionen nicht bloß von der Wohntheit und dem guten Willen, sondern weit mehr und vorzugsweise von den Mitteln dazu, von dem Kapital abhängt. Selbst das Kapital, welches die Bevölkerung bisher jährlich auf die Konsumtion der Kolonialien verwendete, also darauf zu verwenden hatte, ist nicht als feststehend zu betrachten. Um daher über das Maß der künftigen Konsumtion und Steuerentrichtung im Voraus etwas Gewisses auszusagen zu können, muß man den künftigen Stand des Nationalvermögens, also die Mittel zum Verzehren ermesen und feststellen können. Denn das Steigen oder Fallen des Vermögens hat weit sicherer auch ein Steigen oder Fallen der Konsumtion zur Folge, als dies Veränderungen im Tarif bewirken. Eine für das Volkwohl und die Nationalmacht besorgte gute und tüchtige Finanzverwaltung wird es stets vorsehen, ihr Auge fest und sicher nach dieser Seite hin zu richten, als ihre Maßnahmen und Beweismittel dem niederen und fruchtigen Gebiete untergeordneter und vorübergehender kurzweiliger Tageserscheinungen zu entnehmen, wie es leider in Deutschland nur zu sehr herkömmlich, dagegen in England und Rußland nicht der Fall ist. Das Kapital ist der letzte Regulator der Konsumtionen kultivierter und civilisierter Völker. Daß aber die Kapitalkraft in Hannover und Oldenburg nicht im Wachen begriffen sei, scheint doch wohl eines Beweises kaum zu bedürfen, da, wo die Vorkommenheit des Gewerbefleißes notorisch ist. Oer sollen wir noch besonders nachweisen, daß der Gesamtwert aller Ausfuhr des Steuervereins sogar nach den amtlichen Ermittlungen jährlich $8\frac{1}{2}$ Million Thaler, dagegen der Gesamtwert aller Einfuhr an Verzehrsgegenständen und Manufakturen $9\frac{3}{10}$ Mill. Thlr. beträgt? Der nordwestdeutsche Zollverein hat daher seinen un deutschen Verluh, ein eignes vom Auslande dikirtes System zum Nachteil für deutsche Macht und deutschen Wohlstand aufgestellt zu haben, mit einem jährlichen Verluste an Kapitalkraft von $\frac{1}{2}$ Mill. Thlr. gebüßt — gerade so viel, als das geforderte Präcipuum beträgt! Unter einem solchen System soll die Kapital-, Verzehrs- und Steuerkraft des Landes wachsen!

Fassen wir die Forderungen Hannovers zusammen. Es forderte die ungeschmälerte Beibehaltung seiner hohen Wasserzölle und Schauffegelder unter Verwerfung der im Zollverein bestehenden Grundbesetze über mögliche Befreiung der Wasserstraßen und über den vorgeschriebenen Marimalsatz des Schauffegeldes; es forderte ungeschmälerte Erhaltung der Transitzölle, ja sogar Garantien forderte es dafür, daß, wenn auch der Handel etwa eine andere Richtung nehmen sollte, den hannoverschen Staatskassen eine Einnahme von der bisherigen Höhe gesichert würde; es forderte Erlass aller Nachsteuern, selbst dann noch, wenn der gesammte Steuerverein sich gegen den Zollverein in ein großartiges Schmuggelmagazin des Auslandes umgewandelt hätte, und um dieses Defraudiren zu erleichtern, forderte es wesentlich gemilderte Handhabung der Zollcontrole an den Grenzen; es forderte Aufhebung des Salzmonopols, Ermäßigung der wichtigsten Zollsätze des Zollvereins, also Verminderung der Staatsfinanzen, und zu alledem stellte

es an den Zollverein die Anmuthung, dieser solle ihm noch jährlich eine Vergütung von etwa $\frac{3}{5}$ Mill. als Avancegeld in die bedürftige hannoversche Staatskasse legen.

Was die preussische Regierung thun würde, konnte unter den damaligen Umständen nicht zweifelhaft sein. Der Minister des Auswärtigen schrieb nach Hannover, „daß, sofern alle bezeichneten Ansprüche als solche angesehen werden müßten, welche sich als unerlässliche Bedingungen einer Verschmelzung der beiderseitigen Vereine darstellten, nur wenig Aussicht zu einem genügenden Resultate von Verhandlungen über diese Verschmelzung übrig bleiben würde, indem die preussische Regierung nur die erheblichen Bedenken tragen könnte, einige dieser Bedingungen sowohl selbst zugestehen, als auch deren Annahme bei den übrigen Mitgliedern des Zollvereins zu befürworten. Ich erlaube mir in dieser Beziehung beispielsweise nur des Anspruchs auf ein Präcipuum bei der Theilung der Zolleinkünfte zu erwähnen, welcher ohne allen Zweifel bei sämmtlichen Vereinsgliedern dem entschiedensten Widerspruche begegnen würde.“ In einer zweiten Note wird das Präcipuum und die Garantie der Einnahmen aus den Durchgangszöllen abgelehnt und hinzugefügt, „daß dabei Zugeständnisse irgend einer Art ganz unthunlich und mit den zwischen den Zollvereinsregierungen bestehenden Verhältnissen nicht vereinbar wären.“ Ferner erklärte die preussische Regierung nach dem völligen Abbruch aller Verhandlungen mit Hannover in einer damals veröffentlichten Staatschrift: „Kein Staatsmann Hannovers hat glauben können, daß auf dieser Grundlage über den Beitritt zum Zollvereine zu verhandeln sei, und Preußen wäre wohl gleich anfangs berechtigt gewesen, diese Vorschläge nur als die Form anzusehen, unter der von Hannover seine früheren Erklärungen zurückgenommen wurden. Nichts hatte Hannover zu der Meinung berechtigt, der Zollverein wolle seinen Beitritt mit barem Gelde und mit einer gänzlichen Umgestaltung seines Systems erkaufen.“ Das preussische Kabinet nahm sich damals des Zollvereins und der Grundsätze desselben in einer so verständigen und erfreulichen Energie an, daß sie werth sind, ins Gedächtniß derer zurückgerufen zu werden, welche das Heil Deutschlands in dem Aufgeben jener Grundsätze zu finden vorgeben, in Wahrheit aber darauf hinarbeiten, den Wohlstand und die wenn auch noch ferne einheitliche Größe des deutschen Vaterlandes phantastischen Theorien zu opfern. Die erwähnte preussische Denkschrift spricht sich über den Zollverein in folgenden beherzigenswerthen Worten aus:

„Im Jahr 1833, als der große Zollverein sich bildete, zählte Preußen mit seinen damaligen Zollverbündeten, den beiden Hessen und einigen kleinern deutschen Ländern, eine Bevölkerung von etwa 15 Millionen Menschen; Baiern, Sachsen, Württemberg, die thüringischen Staaten, welche um den Zollanschluß verhandelten, noch nicht $8\frac{1}{2}$ Millionen Menschen. Preußen hatte einen Solltarif, niedriger als der aller übrigen Mächte Europas, vor allen Desterreich: einen Solltarif, der ohne Druck der Unterthanen sehr bedeutende Revenuen gewährte und unter dessen Schutz sich das inländische Gewerbe zu großer Blüthe emporgehoben hatte; von den übrigen Staaten, welche den neuen Verein bilden wollten, hatten bloß Baiern und Württemberg einen vollständigen Tarif, der sich aber in doppelter Hinsicht als ungenügend gezeigt hatte: dem Staate brachte er wenig ein und das Gewerbe ließ er schutzlos. Die Finanzzölle, wenn wir dieses Ausdrucks im Gegenfatz der Schutzzölle uns bedienen dürfen, sind gegenwärtig Abgaben von dem Verbräuche nicht der ersten Lebensbedürfnisse, sondern des Wohllebens, wenn auch in einer sehr ausgedehnten Bedeutung. Preußen hat kein Geheimniß daraus gemacht, daß es aus diesen Zöllen einen sehr ansehnlichen Theil der Summe beziehen muß, die es zur Befreiung seines Staatshaushalts, vor Allen seines großen Militär-Staats bedarf. Hätte Preußen seinen alten, seit 15 Jahren be-

währten Zolltarif aufgeben und mit neuen, in Zollangelegenheiten noch wenig erfahrenen Zollämtern aus durchgreifende Änderungen seines Tarifs sich einlassen sollen — Änderungen, die keine Erfahrung für sich hatten und bei denen Preußen die ihm unentbehrlichen Einnahmen zu verlieren Gefahr lief? Welcher preussische Staatsmann, welcher Freund Preußens und der guten Sache konnte dazu raten?“

Den Männern, die eben so treu den oft wechselnden Grundsätzen schwacher, schwankender Partikularregierungen anzuhängen und in dieser Anhänglichkeit Beweise ihres Patriotismus und ihrer Sorge für das Recht und das Wohl des Volkes zu liefern vermeinen oder vorgeben, rufen wir die vorstehenden Worte einer vormärzlichen Regierung, eines Kabinetts aus der Zeit des absoluten Preußens, ins Gedächtnis zurück, um ihnen Gelegenheit zu geben, ernstlicher und mit mehr Sachkenntnis, als sie bisher bewiesen haben, zu überlegen und zu prüfen, wie vererblich für Volk und Staat es sein würde, wenn eine deutsche Regierung so unbedachtsam sein sollte, die Forderungen dieser treu ergebenen Männer über die Beseitigung des Schutzzolles und die Aufstellung eines bloßen Finanzzolles, vielleicht mit ähnlichen ständischen Ausnahmen und Vergünstigungen, wie sie noch die Ritterchaftlichen in Mecklenburg genießen, ins Werk zu richten.

(Fortsetzung folgt.)

Berlin, d. 18. September. Der Preussische Staats-Anzeiger bringt eine Bekanntmachung, die Wahlen zur I. und II. Kammer in den hohenzollernschen Landen betreffend. Die Wahl der beiden Abgeordneten zur II. Kammer soll am 6. Octbr., die des einen Abgeordneten zur I. Kammer am 13. Octbr. erfolgen.

Die „Wost. Zig.“ vernimmt aus zuverlässiger Quelle, daß die hiesige Regierung fest entschlossen sein soll, binnen Kurzem den schwankenden Zuständen in Bezug auf Neuenburg eine größere und entscheidende Aufmerksamkeit zu widmen. Man glaube, daß vielleicht noch in diesem Monate von der Regierung eine Erklärung veröffentlicht werde, welche die Verhältnisse der Preuß. Krone zu dem Fürstenthum Neuenburg in definitive Schlussfolgerungen formuliren soll.

Die Düsseldorf. für ministeriell geltende Rheinische Zeitung (unter der Inspiration des Herrn v. Kleist-Regow?) läßt sich über die höchst bemerkenswerte Erklärung des bisher als unbedingtster Anhänger der Regierung geltenden Hrn. v. Bethmann-Hollweg, wodurch derselbe seine Aneignahme an den Provinzial-Landtagswahlen ablehnt (Nr. 430), in folgender drohender Weise vernehmen: Wir wollen Niemandes Gewissen beschweren. Wer eine öffentliche Pflicht, die als eine Zwangspflicht nicht aufgestellt ist, aus Gewissensbedenken nicht ausüben zu können verneint, der möge sich ihrer Ausübung enthalten. Aber es kann Niemandem, wer es auch sei, gestattet werden, die Regierung, die denselben Eid geleistet wie er selbst, öffentlich anzuklagen, daß sie den gesetzlichen Kreis ihrer Befugnisse überschritten, daß sie die Gewissen im Lande verriert und Mißtrauen gesät habe. Eine solche Anklage zu erheben, sind die Kammern, aber auch nur die Kammern befugt, und ihrer Entscheidung soll und wird das Vorgehen der Regierung nicht entzogen werden. Der Einzelne aber, der sich eine solche Entscheidung anmaßt, die Entscheidung in einer Frage, die Hr. v. Bethmann-Hollweg selbst als eine der verwickeltesten unsers verworrenen öffentlichen Zustandes bezeichnet, trägt seinerseits dazu bei, die Gewissen im Lande zu verwirren und Mißtrauen zu säen, und seine Schuld steigt in dem Maße, als derselbe durch seine bürgerliche und gesellschaftliche Stellung einen weitgreifenden Einfluß auf das Urtheil seiner Mitbürger zu üben vermag und im Stande ist. Die Regierung hat das Recht und die Pflicht, einem solchen Gebahren entgegenzutreten, und sie ist es nicht bloß dem Lande, sie ist es sich selbst schuldig, jenes Recht zu üben und diese Pflicht zu erfüllen.

Man bringt den Fortbestand des hessischen Kommissariums, welcher gestern aus Frankfurt gemeldet wurde, auch mit den in Hessen bevorstehenden weiteren Electionen, namentlich des Wahlgesetzes, in Verbindung. Hassenpflug hatte von jeher eine Abneigung gegen alles ganz selbstständige Vorgehen und besand sich unter dem Schutze des bundestäglichen Kommissariums so wohl, daß er auch die weiteren Verfassungs-Änderungen in dieser Weise vornehmen will. Die Finanznoth drängt aber in Kurhessen zu einem baldigen weiteren Vorgehen. Auch das Kommissarium in Schleswig-Holstein wird fortbestehen. Was man bisher von einer Rückkehr der Kommissaire aus Holstein sagte, entbehrt aller Begründung. Die Fehler Konferenzen haben dazu beigetragen, mehr als vorher auf eine Anerkennung der Rechte der Herzogthümer zu bestehen und weder eine Danisirung, noch eine Einverleibung derselben in den Gesamtstaat zuzugeben. Es heißt nun, die Dänische Regierung habe Preußen ersucht, das Vermittleramt zu übernehmen und deshalb werden die betreffenden Verhandlungen hier geführt. Es scheint aber dieses Gerücht der Begründung zu entbehren, weil Preußen als Partei verhandelt. Oesterreich als Mitunterzeichner des Londoner Protokolls mag schon deshalb ein Interesse haben, die Verhandlungen hauptsächlich durch Preußen führen zu lassen, sich aber, wie es bisher gethan hat, seine mitentscheidende Stimme zu wahren. (M. 3.)

Wie das C. B. meldet, hat der evangelisch-lutherische Verein in der Provinz Sachsen in einer Eingabe an den evangelischen Oberkirchenrath erklärt, daß er die von dem pommerischen evangelisch-lutherischen Provinzial-Verein dem Oberkirchenrath eingereichte Denkschrift vom 25. April c., enthaltend die „Ausführung der Gründe, warum der gedachte Provinzial-Verein die Grundzüge zur kirchlichen Gemeinde-Ordnung als unvereinbar mit der rechtsgültigen Verfassung der pommerischen Kirche zu erkennen und ganz geborlamt abzuleb-

nen sich gedrungen sieht.“ mutatis mutandis zu der seinigen mache. Der Verein hat in seiner Eingabe noch weiter ausgeführt, wie die Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche in der Provinz Sachsen eine rechtsgültige sei und dieselbe Berücksichtigung bei der kirchlichen Gemeindebefrage erheische, welche der Pommern aus für die dortigen Gemeinden gefordert ist.

Von dem evangelischen Oberkirchenrath wurde die Einführung der neuen kirchlichen Gemeinde-Ordnung mit großem Eifer betrieben. Die Consistorien, denen ausdrücklich aufgegeben ist, jede Art von Zwang zu vermeiden, haben vielfach einen sehr harten Stand in der Ausführung der Verordnungen der obersten evangelischen Behörde und es soll in dieser Beziehung mehrfach angeregt worden sein, ihnen eine größere executive Gewalt beizulegen.

Die Bundesversammlung hat zum Nutzen der Bundesarmee eine Erfindung, welche in einer Verbesserung der Schrapnellskzünder besteht, um den Preis von 1500 Th. acquirirt. Die Militärcommission, welcher diese Erfindung zuvor zur gütlichstigen Neuerung mitgetheilt worden war, soll sich nach den damit angefertigten Versuchen, welche allen nur zu stellenden Erwartungen entsprachen, außerordentlich günstig darüber geäußert haben. Das Geheimniß der Erfindung, deren Acquisition im Interesse sämmtlicher Bundesregierungen geschehen, wird als solches diesen letztern zur Kenntniß gebracht.

Das Antwortschreiben, welches der Kaiser von Rußland seinerzeit auf die Notification von der Reactivation des Bundestags erlassen hat, lautet:

Wir Nikolaus I. c. An die durchlauchtigste deutsche Bundesversammlung. Mit hoher Befriedigung haben wir durch die uns gewordene Notification erfahren, daß der Bundestag, welcher durch die Verträge von 1815 eingestiftet ist und dessen Arbeiten die Ereignisse von 1848 unterbrochen hatten, sich auf die Einladung des kaiserlich österreichischen Hofes als Präsidialhofes wieder versammelt hat. Wir entbieten dem Deutschen Bunde unsere aufrichtigsten Glückwünsche, um so mehr, als der Wiederzusammentritt des auf Principien, welche festerliche Verträge freilich genehigt haben, beruhenden Bundestags in unsern Augen ein Unterpfand des innern Friedens in Deutschland und somit des allgemeinen Friedens ist. Was uns anlangt, so wird uns, indem wir beikändig gute Wünsche für die Unabhängigkeit, das Wohlergehen und den Ruhm des Bundes hegen, nichts so sehr am Herzen liegen, als die Pflege unerbüchlicher Beziehungen des Friedens und guten Einverständnisses mit demselben, wie wir andererseits die Versicherungen, welche das Notificationsschreiben in dieser Beziehung enthält, mit Vergnügen entgegennehmen. Ueber dieses bitten wir den Allerhöchsten c. Gegeben zu Warschau, am 11. Novbr. 1850, unsers Reiches im 25. Jahre. (Geg.) Nikolaus. (Gegengeh.) Der Kanzler des Reichs, Graf v. Bessitode.

Die „Hamb. Nachr.“ melden die Ernennung des Prof. Droyßen in Kiel an der Universität zu Jena.

Koblenz, d. 16. Sept. Der regierende Großherzog von Oldenburg war gestern zum Besuche bei unserm Hofe hier. Morgens hatte der Prinz von Preußen den (schon erwähnten) Unfall, daß bei dem Manöver sein Pferd sich scheute und sich mit ihm überschlug. Zum Glück soll der Prinz außer einer nicht sehr erheblichen Verletzung am Arme, keinen weiteren Schaden genommen haben. Abends reiste der Großherzog von Oldenburg nach Schloß Schaumburg an der Laßn, zum Besuche des dort residirenden Erzherzogs Valentinus (Stephan) von Oesterreich ab.

München, d. 15. Septbr. Das Handelsministerium hat — bei dem nahen Ablauf der Zollvereinsverträge — die Handelskammern des Königreichs um ihr Gutachten aufgefordert, ob nach ihrer Ansicht die Verträge zu kündigen und auf welchen Grundlagen die neue Verständigung abzuschließen wäre. Soweit die Stimmung bekannt, wird man allseits auf Erhaltung des Zollvereins bestehen und in den Anschluß Hannovers und der im Steuerverein mit ihm verbundenen Staaten nur Gewinn, keinerlei Nachtheil erblicken.

Aus Stuttgart vom 12. Sept. bringt die Karlsruher Zeitung folgende Neuigkeit: „Auch an unsere Regierung ist von Frankfurt der Bundesbeschluß in Betreff der Grundrechte gelangt. Es ist dem Vernehmen nach das Ministerium damit beschäftigt, denselben in Einklang mit seinem vorgelegten Verfassungsentwurfe zu bringen.“ Bisher, so fügt die Württembergische Zeitung hinzu, glaubte man im Gegentheil, die Einzelverfassungen sollen in Einklang mit den Bundesbeschlüssen gebracht werden; um so erfreulicher wäre es, wenn es unsere Regierung umgekehrt machte.

Italien.

Die Oberpostamt-Zeitung sagt: Die Zustände in Rom und dem Kirchenstaate überhaupt werden von Personen, welche mit den dortigen Verhältnissen genau vertraut sind, in sehr düsterer Farbe geschildert. Namentlich wird darauf hingewiesen, daß der Widerstand, mit welchem die dortige Regierung zu kämpfen habe, in allen Ständen so sehr Wurzel geschlagen habe, daß die Zeit nicht abzusehen sei, wann die römische Regierung Kraft genug haben werde, diesen Widerstand ohne fremde Hülfen zu bewältigen.

Großbritannien und Irland.

London, d. 15. Sept. Ueber Manchester ist hier eine ganz sonderbare Mittheilung hergekommen, nämlich die, daß der Kaiser Nikolaus von Rußland auf einmal zur russischen Handelspolitik bekehrt worden sei, und der neulichen kleinen Tarifreform eine zweite umfassendere nachfolgen lassen werde, in welcher unter Andern der prohibitive Zoll auf Baumwollengarn ganz und gar aufgehoben oder durch einen ganz niedrigen Finanzzoll ersetzt werden soll. So gewiß soll man in Rußland diesen Schritt vorherwissen, daß die petersburger Spinnerien alle Arbeit auf Vorrath einstellen, und die Bestellungen überall zurückgehalten werden. (??)

Spanien.

Madrid, d. 10. Sept. Nach einer vor einiger Zeit aus Barcelona hier eingetroffenen Nachricht, daß dort eine starke republikanische Verschwörung entdeckt sei, erfahren wir jetzt, daß auch mehrere angesehenen Kauf- und Fabrikherren hierbei compromittirt waren und bereits in der Citadelle in engem Verwahrsam sizen. Catalonien ist seit der Vereinigung der Krone von Aragon mit Castilien immer der Heerd der Unzufriedenen gewesen, und berücksichtigt man die mächtige karlistische Partei, zu der sich dort das ganze Landvolk und die größere Mehrzahl der Bewohner der kleineren Städte bekennen, so möchte die Lage der Dinge nicht so leicht zu nehmen sein, wie die ministeriellen Blätter sich hierüber aussprechen. Die spanischen Karlisten erwarten nichts schlichter als einen Aufstand, welcher Natur er auch sein möge, um gleichfalls zu den Waffen zu greifen. Cabrera hat jetzt Geld — sagen sie — und das ist es gerade, was uns früher gefehlt hat. Da wiederum 6000 Mann Truppen zur Verstärkung nach Cuba am 6. Sept. von Ferrol abgesetzt sind, so würde jetzt ein innerer Aufstand die Regierung in nicht geringe Verlegenheit versetzen. Selbst in der Armee herrscht Unzufriedenheit. Bravo Murillo's Sparsystem hat viel böses Blut bei den Offizieren erweckt.

In Betreff der Cubafrage sind Unterhandlungen mit England angeknüpft, um dessen energische Verwendung bei den Vereinigten Staaten zu verlangen. Die Regierung hat in mehreren Provinzen die Reservebataillone unter die Waffen gerufen.

Rußland und Polen.

Nach Privatnachrichten aus Petersburg herrscht am russischen Hofe große Niedergeschlagenheit wegen der von der russischen Armee am Kaukasus erlittenen Niederlagen. Wie man von dort schreibt, will man sich vor der Hand auf die Defensiv beschränken; nächstes Frühjahr soll jedoch der Kampf gegen die Gebirgsböcker mit erneueter Energie aufgenommen werden, und der Kaiser soll sich selbst auf den Kriegsschauplatz begeben wollen.

Amerika.

Die new-yorker Blätter vom 2. Sept. enthalten Nachrichten aus Cuba bis zum 23. August, welchen zufolge Lopez bis dahin in allen Gefechten mit den Spaniern siegreich gewesen war, an der Spitze einer Schaar von 1500 bis 2000 Mann stand, täglich Verstärkungen erhielt und auf die Havana marschirte. Auf der anderen Seite schildern spätere amtliche Berichte, die aus Washington in New-York eingelaufen waren, die Lage Lopez' als eine verzweifelte. Zwar war es ihm gelungen, sich bis zum 25. August zu halten. Doch war sein Häuflein sehr zusammengeschnitten, sein einziger Creole hatte sich ihm angeschlossen, und das ganze Unternehmehm schien sich auf einen Kampf um sein und seiner Gefährten Leben reducirt zu haben. Aus New-Orleans war keine Verstärkung abgegangen, und die Bemühungen der amerikanischen Regierungen, neue Freibeuter Expeditionen zu verhindern, waren erfolgreich gewesen.

Die Communication zwischen dem Atlantischen und Stillen Ocean mittels der Nicaragua route ist nun eine feststehende Thatsache. Am 21. Juli wurde mit dem neuen Eisenbahnboote (es ist 106 Fuß lang und geht bloß 18 Zoll tief) der San-Juanfluß trotz aller seiner Untiefen und Sandbänke glücklich stromaufwärts befahren. An den Stromschnellen bei Casillo werden die Passagiere ausgeschifft. Jenseits derselben werden kleinere Fahrzeuge den Dienst auf dem See bis zur Virginbay versehen, die nur 15 Meilen vom Stillen Ocean entfernt ist. Somit wäre die Reise ums Cap Horn überflüssig, das große Problem von Panama gelöst, die Reise von Newyork nach Californien in einem Monat möglich gemacht. Für Mittelamerika erblüht von jetzt an ein neues Leben. Es wird das Waarendepot der Welt, der Magnet für alle Auswanderungen werden. Es entsteht jetzt die Frage: Wer wird die Souveränität über das Mosquitoland behaupten? Schon hat der amerikanische Unternehmungsgeist den Jahrhunderte alten Bemühungen Englands den Rang abgelassen. Vantees sind es, welche den Weg aufgefunden und Centralamerika eine Zukunft bereiten, die es lange für sich gehn. Vantees werden zu Lausenden nach Greytown strömen, und ist ihre Zahl voll, dann giebt es einen Staat mehr in der großen Union, und England und Europa werden das Wachsen der amerikanischen Republik staunend, aber stillschweigend betrachten können.

Liverpool Chronicle schreibt aus Rio-Grande vom 5. Juli: Es sind hier von Rio-Janeiro 280 deutsche Soldaten eingetroffen und man erwartet deren noch mehr; 150 haben den Weg nach der Grenze eingeschlagen und sind auf Pelotas marschirt. Im Ganzen hat die brasilische Regierung 6000 Mann deutscher Truppen gewonnen. Vor Ablauf eines Monats wird der Krieg ausgebrochen sein.

Vermischtes.

Basel, d. 12. Sept. Die Quelle der Bäder zu Valey im Kanton Waadt zeigte früher eine Temperatur von 30 Graden, die indes nach und nach auf 27 gesunken war. Im Moment des letzten Erdbebens hob sie sich dagegen plötzlich wieder um die Grade, und seit der Zeit ist sie fortwährend im Steigen begriffen. Nach den letzten Nachrichten zeigte sich bereits 34 1/2 Grad Reaumur.

Die Vollendung des dritten Bandes von Alexander v. Humboldt's „Kosmos“ soll in Kurzem erfolgen. Wie verlautet, wird der berühmte Nestor in den Wissenschaften noch einen vierten Band, als Ergänzung dieses, in mehrere Sprachen gebildeter Völker bereits überlieferten Werkes, herausgeben und darin hauptsächlich seine geologi-

schen Studien niederlegen. Nächstens tritt Humboldt mit frischen Geisteskräften rüstig in sein 82. Lebensjahr.

Königliches Kreisgericht zu Halle.

Deffentliche Sitzung der IV. Deputation
am 18. September 1851.

1) Der Gärtner Gottlob Dohle von hier wurde am 29. Juli d. J. von der hiesigen Poli.ebehörde wegen obdachlosen Umhertretens aufgegriffen und des Verweises mit der Bedingung erwiesen, sich binnen 3 Tagen ein ordentliches Unterkommen zu verschaffen, widrigenfalls er gefesselt Haftesung zu gewärtigen habe. Dohle kam jedoch dieser Anweisung nicht nach, trieb sich vielmehr bis zu seiner am 11. August erfolgten anderweiten Verhaftung obdachlos umher und brachte mehrere Nächte im Freien zu. Er wurde daher heute wegen Nichtbefolgung eines Unterkommens zu einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe und Detention in einem Arbeitshaus verurtheilt.

2) Der Handarbeiter B. aus Radewell legte sich am 23. Juni d. J. kurz vor Anknüpf des letzten Eisenbahntransportes zwischen den Stations-Nummern 0,50 und 0,51 auf die Schienen der Thüringer Eisenbahn, um sich todtschlagen zu lassen. Bevor ihn aber die Maschine erreicht hatte, pflü der Führer des Zuges zum Bremsen, worauf B. sich von den Schienen erhob und über das Feld davon lief. Es war deshalb gegen ihn Unterfuchung wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes aus Fahrlässigkeit eingeleitet worden. Er wurde jedoch in der heutigen Sitzung nach dem Antrage der Staatsanwaltschaft freigesprochen, indem angenommen wurde, daß der Ehestand der Gefährdung eines Eisenbahntransportes noch nicht erfüllt ist, da B. sich, ehe ihn der Transport betraf, von der Bahn entfernt habe.

3) Dem Galtwirth Schaaf in Brundorf wurden in einer Nacht gegen Michaelis v. J. von seinem unverheiratheten Hofe mehrere Gegenstände, darunter eine hölzerne Fußbank gestohlen. Bei einer in der Wohnung des Hofes wegen Diebstahls verurtheilten Handarbeiters Friedrich Wilhelm Schenk in Brundorf im Mai d. J. vorgenommenen Hausfuchung wurde eine hölzerne Fußbank vorgefunden, die der Galtwirth Schaaf und der Galtwirth Kramer, welcher letztere die Schaaf'sche Fußbank verfertigt hatte, mit voller Bestimmtheit als die entwendete anerkannten. Gestift war deshalb wegen Diebstahls zur Unterfuchung gezogen worden, wurde aber freigesprochen, da der Gerichtshof aus dem Befuge des gestohlenen Guts allein die Überzeugung von der Schuld nicht gewinnen konnte.

4) Der Handarbeiter Gottlieb Carl v. eise zu Dölau stahl am 21. Juli d. J. einen seiner wintter gehörigen Mantel, ohne daß er jedoch wegen dieses Diebstahls zur Unterfuchung gezogen werden konnte, da seine Mutter auf seine Verhaftung verzichtet hatte. Er trug den Mantel zu dem ihm bis dahin ganz unbekanntem, bereits wegen fahrlässigen Anknüpf gestohlener Sachen bestraften Schuhmacher Zacharias Gottfried Kriemer von hier, den er dar, den Mantel zu versehen, was Kriemer auch that, obwohl er selbst gegen Kriemer, der Mantel sei wohl nicht auf solche Weise erworben. Für das Vergehen erhielt Kriemer von K. 1 Sgr. Von dem Pfandhändler, der 25 Sgr. betrag, gab Kriemer dem K. nur 17 Sgr. 6 Pf., indem er sagte, so viel habe er für den Mantel erhalten. Kriemer war deshalb wegen Diebstahls und Unterfuchung zur Unterfuchung gezogen und wurde heute wegen dieser Vergehen zu einer zwoon-tigen Gefängnisstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahre und Stellung unter Polizeiaufsicht auf eben so lange verurtheilt.

5) Die bisher unbescholtene Wittve Friederike Erdmuths Damm geb. Müller aus Dölau entwendete am 21. Juli d. J. von einem Ackerfuch des Defonomen Penze zu Dölau eine Partie Klee zum Werthe von 1 Sgr. und wurde heute wegen dieses Diebstahls zu einer einmonatigen Gefängnisstrafe verurtheilt.

6) Der Dienstknecht Gottlieb Hennig, gegenwärtig zu Naumburg wohnhaft, kam am 4. Mai d. J. in das Local des Schenkmeisters Berger zu Köchler und forderte von diesem die Herausgabe von Sachen, die er als Pfand zurückbehalten hatte. Da Berger zuvörderst Bezahlung verlangte, fing Hennig an zu schimpfen, verließ, der Aufforderung Bergers ungeachtet, die Schenkstube nicht, schlug viel, mißbrauchte die Thür, als hier ein hinausführen wollte, mit einem Steine über den Kopf und konnte nur erst, als ein Dritter dem Berger zur Hülfe gekommen war, mit Gewalt aus der Stube und dem Hause hinausgeführt werden. Vor dem Hofe schlug er mehrere über der Hausbrücke Glasflaschen und dann noch eine Scheibe in dem Stubenfenster ein. Er war deshalb wegen Verletzung des Hausrechts und Vermögensschädigung unter Anklage gestellt und wurde heute zu einer zwoon-tigen Gefängnisstrafe verurtheilt.

7) Am 6. Juli d. J. lagen an dem Saufufer bei dem Fürtentale zwei stromaufwärts gekommene Kahne dicht neben einander. Der dem Kande zunächst gelegene Kahn wurde von dem Steuermann Hüner aus Rothenburg geführt, welchen seine Ehefrau mit ihren drei kleinen Kindern des Vergnügens halber bis hierher begleitet hatte. Am Morgen des 6. Juli befand sich die verheirathete Hüner mit ihren Kindern in der Cajutte des Schiffe, als ihr 3 Jahre alter Sohn Friedrich die Cajutte mit den Worten verließ, er wolle zu seinem Vater gehn. Fünf Minuten nachher kam der Steuermann Hüner in die Cajutte, ohne daß er von dem Knaben etwas auf dem Kahne gesehen hatte. Man vermuthete nun, derselbe sei ins Wasser gefallen, unterrichtete ein zwischen einer Bahne und dem Kahne nach der Uferseite zu gebildetes stillfließendes Wasser und fand hier auch bald den Knaben todt vor. Die verheirathete Hüner hatte durch die Nichtbeachtung der ihr obliegenden Pflichten den Tod des Knaben herbeigeführt, indem sie zugab, daß der Knabe allein die Cajutte verlassen, um sich zu seinem auf dem Deontafne stehenden Vater zu begeben, was er nicht thun konnte, ohne den auf beiden Seiten der Cajutte hinfraulenden, schmalen und jedes Gefängnis wegen des Sinabgleiten entbehrenden Cajuttelauer zu betreten. Er wurde deshalb heute wegen Herbeiführung des Todes eines Menschen durch Fahrlässigkeit zu einer zwoon-tigen Gefängnisstrafe verurtheilt.

8) Am 21. Januar d. J. kam der Handarbeiter Heinrich Chrystall aus Göttern in das Gehöft des Defonomen Doppel in Wabig, um von diesem rückständiges Dienstlohn seines Stiefsohns zu fordern. Er benahm sich hierbei ungebührlich, wurde zum Hause hinausgeführt, kehrte aber 2mal in Begleitung anderer Personen zurück und ging so weit, daß er das verschlossene Thor aus hob und mit einem Beile in die Hausthür einhieb. Er war deshalb wegen Beschädigung fremden Eigenthums aus Bosheit oder Mache, verbunden mit Verletzung des Hausrechts zur Unterfuchung gezogen. Der Gerichtshof erachtete sich aber auf Antrag der Staats-Anwaltschaft für incompetent und verwies die Sache vor das Schwurgericht.

9) Die 13jährige Auguste Charlotte Johanna Werscheburger von hier hatte gefänglich am 19. Juli d. J. aus der Stube der Wittve Hoffmann hier, zu welcher der Schlüssel bei ihren Pflegeeltern niedergelegt und ihr daher zugänglich war, 1 Ehr. 7 Sgr. gestohlen, und dieses Geld gemeinschaftlich mit der 13jährigen Friederike Dohle theils verstreut, theils zum Ankauf von Kleiderstücken verwendet. Beide Mädchen hatten hierbei offenbar mit Unterfuchungsvormögen gehandelt. Der Gerichtshof erachtete die Werscheburger des Diebstahls und die Dohle der Diebstahls- und Begünstigung des Diebstahls des Defonoms theils eigenen Vortheils schuldig und verurtheilte die erstere zu bereits längere Zeit in Unterfuchungsbarrak gestellten, zu einer 7-tägigen, die letztere zu einer 14-tägigen Gefängnisstrafe.

10) und 11) Unter Ausschluß der Deffentlichkeit wurde die unehel. Johanne Henriette Seiditz von hier wegen gewerbmäßig betriebener Unkeusch zu 6 Wochen Gefängnis und die unehel. Marie Sophie Caroline Müller erwittelt gewesene Halle geb. Biermann wegen desselben Vergehens gleichfalls zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt.

Bekanntmachungen.

Auction.

Mittwoch den 24. d. Nachmittags 1 1/2 Uhr und folgenden Tages in dem Auctionszimmer hier auf dem Hofe des Königl. Kreisgerichts 1 goldene Halskette, 1 Paar goldene Ohrringe und 1 silbernes Mantelschloß, Meubles, Haus- und Küchengerät, Kleidungsstücke, Betten, Wäsche, ein Pianoforte in Flügelform, zwei Gitarren, einige Bücher, Handlexikon von 1848. 5 Bände, Stunden der Andacht 4 Bände und andere Sachen mehr gerichtlich verauctionirt werden.

Graeven, Auct.-Comm.

Mein alhier auf dem Strohhofe unter Nr. 2079 belegenes Wohnhaus mit Hofraum, Stallung und Brunnen zc. beabsichtige ich am 1. October d. J. Nachmittags 3 Uhr

an den Meistbietenden öffentlich zu verkaufen, oder aber zu verpachten.

Die Verkaufs- resp. Pacht-Bedingungen, so wie der neueste Hypotheken-Schein sind bei mir einzusehen.

Halle, den 16. September 1851.

Jrdr. Bogeler.

Ein elegant meublirtes Zimmer, Kabinet, Büschenglas, auch Pfefferball, steht sofort oder zum 1. f. M. zu vermietten Brüderstraße 202.

In Nr. 47 zu Trotha

ist am 30. v. M. eine gut beschlagene, angestrichene Karre gegen 1/2 Thaler zurückgelassen; ich ersuche daher Denjenigen, oder wenn selbige abhanden gekommen, sich baldigst zu melden.

Am 16. d. Mts. ist auf dem Wege von Lauchstädt über Dörstewitz und Ammendorf nach dem Bahnhofe zu Halle ein blauer Tuchmantel mit grünem Futter verloren. Dem Finder wird bei dessen Abgabe im „schwarzen Adler“ zu Lauchstädt eine angemessene Belohnung zugesichert.

Bretter-Auction.

Sonnabend den 20. d. Mts. Vormittags 10 Uhr sollen an der Teufcher'schen Mühle vor Halle eine Partie kieferne (Sellige), meistens asfreie Bretter und Bohlen verkauft werden.

Ein neues Stückfaß, circa 17 Eimer Inhalt, verkauft wegen Mangel an Raum billigt
Friedr. Kühl.

Medoc-Flaschen kauft zum höchsten Preis
Friedr. Kühl.

Mein seit einer Reihe von Jahren geführtes Leinen- und Schnittwaaren-Geschäft beabsichtige ich unter annehmbaren Bedingungen, so wie auch mein alhier auf dem Grafenwege sub Nr. 865 belegene Haus, aus freier Hand zu verkaufen, darauf Reflectirnde werden gebeten sich an mich zu wenden.

Henriette Neufcher.

Halle bei Pfeffer

(Schwetschke'sche Sort.-Buchh.)

Bei M. Lengfeld in Köln ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Der geschichte Deutsche, oder leichtfassliche Anweisung durch Selbstbelehrung in kurzer Zeit richtig schreiben und sprechen zu lernen. Bearbeitet von mehren Lehrern. 5 Sgr.

Der geschichte Amerikaner, oder die Kunst, ohne Lehrer in zehn Lektionen englisch lesen, schreiben und sprechen zu lernen. Vom Verfasser des geschichten Franzosen. Vierte Auflage. 6 1/2 Sgr.

Der geschichte Buchhalter, oder die Kunst, in wenigen Stunden die einfache und doppelte Buchhaltung zu erlernen. Von M. L. Becker. 6 1/2 Sgr.

Der geschichte Deklamator, eine Auswahl der besten Deklamationsstücke aus den neuern und neuesten Dichtern: Heine, Herwegh, Rückert, Uhland, Freiligrath, Venau, J. Kerner, Arndt, Chamisso, Castelli, Zedlig u. A. Von M. L. Schreiber. 5 Sgr.

Der geschichte Engländer, oder die Kunst, ohne Lehrer in zehn Lektionen englisch lesen, schreiben und sprechen zu lernen. Vom Verfasser des geschichten Franzosen. Vierte Auflage. 6 1/2 Sgr.

Der geschichte Franzose, oder die Kunst, ohne Lehrer in zehn Lektionen französisch lesen, schreiben und sprechen zu lernen. Von einem praktischen Schulmanne. Vierte Auflage. 5 Sgr.

Der geschichte Holländer, oder die Kunst, ohne Lehrer in 10 Lektionen holländisch lesen, schreiben und sprechen zu lernen. 5 Sgr.

Der geschichte Italiener, oder die Kunst, ohne Lehrer in zehn Lektionen italienisch lesen, schreiben und sprechen zu lernen. Vom Verfasser des geschichten Franzosen und geschichten Engländer. Zweite Auflage. 5 Sgr.

Die Werthen sind meistens in ihren frühesten Auflagen schon sehr verbreitet und hinlänglich bekannt, daß jede weitere Empfehlung überflüssig ist. Diese Versicherung kann aber ertheilt werden, daß sie nicht allein das auf den Titeln Gesagte, sondern noch weit mehr, bei einiger Umsicht im Gebrauch beim Unterrichte, leisten.

Das entdeckte Geheimniß zur Vertreibung der Langweile. Eine Sammlung 100 der wichtigsten und schürzigsten Anekdoten. Zweite Auflage. 5 Sgr.

Blumen der Freundschaft und Liebe. Eine Sammlung 200 der schönsten und ausserlesenen Stammbuchverse. Vierte Auflage. 5 Sgr.

Die Liqueurfabrikation. Anleitung zur Anfertigung reiner und wohlgeschmiedender Esenzen, Extrakte und Liqueure, in feinsten, mittelfeiner, und gewöhnlicher Qualität durch Digerieren, Destillieren und auf kaltem Wege mit ätherischen Oelen, nach holländischer Art und ohne besondere kostspielige Vorrichtungen. Nebst einem Anhang für Privataten zu Bierpunsch, Erd- und Johannisbeeren-Gelees, Götterwein, Glühwein, Fruchtwein, Frucht-Essige, Quitten-Liqueur, Katarfia aus Birnen und Aepfel zc. zc. 10 Sgr.

Kunst-Anzeige.

Einem hochzuverehrenden Publikum

hat **Wilhelm Colter** die Ehre ergebenst anzuzeigen, daß derselbe mit seiner zahlreichen **acrobatischen Seil- und Ballettänzer-Gesellschaft** im Verlaufe künftiger Woche hier ankommen und in einem auf das zweckmäßigste gebautem **Circus** auf der Neuen Promenade, unweit des Frandensplatzes, seine Vorstellungen geben wird, und da derselbe glaubt sagen zu dürfen, daß er schon früher mit Wohlwollen aufgenommen, so verspricht er auch dieses Mal mit den ausgezeichneten Mitgliedern der Gesellschaft den Anforderungen eines geehrten Publikums und Kunstfreunden zu entsprechen. Ein Näheres besagen Zettel und Blätter.

Halle, den 18. September 1851.

Wilhelm Colter,

Director.

Nach Berlin

zur Farbe, Wäsche und Reinigung nimmt alle Gegenstände unter bekannter bester Ausführung für hier und Umgegend an

Händler,
große Ulrichsstraße Nr. 3.

Ich übernahm eine Agentur der

Leipziger Brandversicherungs-Bank für Deutschland und empfehle solche zu Versicherungen von Gebäuden, Mobilien und Feldfrüchten in Scheunen und auch in Dienen allein.

Schaffstedt, den 16. September 1851.

Carl Schuchardt.

Bischof-Wein von feiner Qualität, die Flasche 10 $\frac{1}{2}$, stets frisch bei **Friedr. Wilh. Dalchow.**

Den hiesigen Wiesenmarkt besucht mit seinem **Tuch-, Mode- und Leinen-Waaren-Lager** **Isidor Simon aus Eisleben.**

Freiguts-Verkauf.

450 Morgen separirtes Feld, lauter Weizenboden in der Nähe von Halle, mit vollständigem Inventarium. Die Forderung 54,000 $\frac{1}{2}$ mit 20,000 $\frac{1}{2}$ Anzahlung.

Ein **Mittergut**, mit 330 Morgen, lauter Kapsboden, separat, mit vollständig. Erndte u. Invent. Die Forderung ist 44,000 $\frac{1}{2}$ mit 15,000 $\frac{1}{2}$ Anzahlung. Wo? ist zu erfragen bei **Ed. Stückrath** in der Exped. d. Bl.

Preßhese

aus der best renommirten Fabrik von **H. A. Zohlt in Samburg**, in bekannter, vorzüglicher Güte, hat Unterzeichneter für Halle und Provinz Sachsen das **alleinige** Debit und giebt dieselbe in großen und kleinen Quantitäten ab. Die Hesen-Säcke tragen den Stempel der Fabrikanten. **Fr. Mitreuter,** Rathhausgasse Nr. 252, dem Markte nahe.

Meß-Vokal-Veränderung in Leipzig.

Silber & Herrmann von Erfurt,

Fabrik wollener und halbwollener Bänder, wollener Stief-, Strick- und Posamentirgarne, Drahtwaaren, Fischbein und Rohr zu Damen-Pug, haben in dieser Messe ihren Stand in den beiden Gebäuden der 1ten Reihe auf dem Markte, der Hainstraße gegenüber.

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle.

Der Hallische Courier

(im Schwetschke'schen Verlage)

Beitung für



Stadt und Land.

In der Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg.

N 433.

Halle, Freitag den 19. September
Zweite Ausgabe.

1851.

Deutschland.

Halle, d. 19. Sept. (Fortsetzung des Artikels über den Preussisch-Hannoverschen Zollvertrag.) Was den Verbrauch der Kolonialen und edlern Genüsse betrifft, so darf als erfahrungsmäßig gewiß und mit Grund als unbestreitbar angenommen werden, daß die nordische Konsumtion der hochtarifirten Kolonialen und französischen Weine bis jetzt höher ist, auch künftig etwas höher bleiben wird, als in den süßlichen Weinbauenden und den mittlern kartoffeleisenden Vereinsstaaten Deutschlands, der Schweiz, Frankreichs, Portugals, der Türkei, welche mit sich bringen die Einwirkungen der Fortdauer eines hohen Zolls, wir wollen die Tarifverhältnisse. Der Gewohnheitsmäßigkeit zugewiesene vorübergehende Kapitalfunktion der Zolltarife ist nicht als ein fünftägiges Kapitalvermögen auszusagen, sondern als ein Kapitalvermögen, welches stellen können, weit sicherer als dies bei den Zolltarifen und die Nationen wird es stets hin zu richten und trüglicher Tageses nur zu sehr der Fall ist. Kultivirter und wohl eines der des Gewerbes weisen, daß sogar nach dem Zollverein hat die Lande diffirtischen Wohlstand an Kapitalkraft von $\frac{4}{5}$ Mill. Thlr. gebüßt — gerade so viel, als das geforderte Präcipuum beträgt! Unter einem solchen System soll die Kapital-, Verzehrs- und Steuerkraft des Landes wachsen!

Fassen wir die Forderungen Hannovers zusammen. Es forderte die ungeschmälerete Weibehaltung seiner hohen Wasserzölle und Schauffeegelder unter Verwerfung der im Zollverein bestehenden Grundgesetze über mögliche Befreiung der Wasserstraßen und über den vorgeschriebenen Maximalsatz des Schauffeegeldes; es forderte ungeschmälerete Erhaltung der Transitzölle, ja sogar Garantien forderte es dafür, daß, wenn auch der Handel etwa eine andere Richtung nehmen sollte, den hannoverschen Staatsklassen eine Einnahme von der bisherigen Höhe gesichert würde; es forderte Erlaß aller Nachsteuern, selbst dann noch, wenn der gesammte Steuerverein sich gegen den Zollverein in ein großartiges Schmuggelmagazin des Auslandes umgewandelt hätte, und um dieses Defrautiren zu erleichtern, forderte es wesentlich gemilderte Handhabung der Zollcontrole an den Grenzen; es forderte Aufhebung des Salzmonopols, Ermäßigung der wichtigsten Zollsätze des Zollvereins, also Verminderung der Staatsfinanzen, und zu alledem stellte

es an den Zollverein die Anmuthung, dieser solle ihm noch jährlich eine Vergütung von etwa $\frac{3}{5}$ Mill. als Advancegeld in die bedürftige hannoversche Staatskasse legen.

Was die preussische Regierung thun würde, konnte unter den damaligen Umständen nicht zweifelhaft sein. Der Minister des Auswärtigen schrieb nach Hannover, „daß, sofern alle bezeichneten Ansprüche als solche angesehen werden müßten, welche sich als unerläßliche Bedingungen einer Verschmelzung der beiderseitigen Vereine darstellen, nur wenig Aussicht zu einem genügenden Resultate von Verhandlungen über diese Verschmelzung übrig bleiben würde, indem die preussische Regierung nur die erheblichsten Bedenken tragen könnte, einige dieser Bedingungen sowohl selbst zuzugestehen, als auch deren Annahme bei den übrigen Mitgliedern des Zollvereins zu befürworten. Ich erlaube mir in dieser Beziehung beispielsweise nur des Anspruchs auf ein Präcipuum bei der Theilung der Zolleinkünfte zu erwähnen, welcher ohne allen Zweifel bei sämmtlichen Vereinsgliedern dem entschiedensten Widerspruche begegnen würde.“ In einer zweiten Note wird das Präcipuum und die Garantie der Einnahmen aus den Durchgangszöllen abgelehnt und hinzugefügt, „daß dabei Zugeständnisse irgend einer Art ganz unthunlich und mit den zwischen den Zollvereinsregierungen bestehenden Verhältnissen nicht vereinbar wären.“ Ferner erklärte die preussische Regierung nach dem vollendeten Abbruch aller Verhandlungen mit Hannover in einer damals veröffentlichten Staatschrift: „Kein Staatsmann Hannovers hat glauben können, daß auf dieser Grundlage über den Beitritt zum Zollverein zu verhandeln sei, und Preußen wäre wohl gleich anfangs berechtigt gewesen, diese Vorschläge nur als die Form anzusehen, unter der von Hannover seine früheren Erklärungen zurückgenommen wurden. Nichts hatte Hannover zu der Meinung berechtigt, der Zollverein wollte seinen Beitritt mit baarem Gelde und mit einer gänzlichen Umgestaltung seines Systems erkaufen.“ Das preussische Cabinet nahm sich damals des Zollvereins und der Grundsätze desselben in einer so verständigen und erfreulichen Energie an, daß sie werth sind, ins Gedächtniß derer zurückgerufen zu werden, welche das Heil Deutschlands in dem Aufgeben jener Grundsätze zu finden vorgeben, in Wahrheit aber darauf hinarbeiten, den Wohlstand und die wenn auch noch ferne einheitliche Größe des deutschen Vaterlandes phantastischen Theorien zu opfern. Die erwähnte preussische Staatschrift spricht sich über den Zollverein in folgenden beherzigenswerthen Worten aus:

„Im Jahr 1833, als der große Zollverein sich bildete, zählte Preußen mit seinen damaligen Zollverbündeten, den beiden Hessen und einigen kleinern deutschen Ländern, eine Bevölkerung von etwa 15 Millionen Menschen; Baiern, Sachsen, Württemberg, die thüringischen Staaten, welche um den Zollanschluß verhandelten, noch nicht $\frac{1}{2}$ Millionen Menschen. Preußen hatte einen Zolltarif, niedriger als der aller übrigen Mächte Europa's, vor allen Dessenreichs: einen Zolltarif, der ohne Druck der Unterthanen sehr bedeutende Revenuen gewährte und unter dessen Schutz sich das inländische Gewerbe zu großer Blüthe emporgehoben hatte; von den übrigen Staaten, welche den neuen Verein bilden wollten, hatten bloß Baiern und Württemberg einen vollständigen Tarif, der sich aber in doppelter Hinsicht als ungenügend gezeigt hatte: dem Staate brachte er wenig ein und das Gewerbe ließ er schulden. Die Finanzzölle, wenn wir dieses Ausdrucks im Gegenfatz der Schutzzölle uns bedienen dürfen, sind gegenwärtig Abgaben von dem Verbrauche nicht der ersten Lebensbedürfnisse, sondern des Wohllebens, wenn auch in einer sehr ausgedehnten Bedeutung. Preußen hat kein Geheimniß daraus gemacht, daß es aus diesen Zöllen einen sehr ansehnlichen Theil der Summe beziehen muß, die es zur Bestreitung seines Staatspaushalts, vor Allem seines großen militär-Staats bedarf. Hätte Preußen seinen alten, seit 15 Jahren be-

